

22. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21. Juni 1950.

130/J

Anfrage

Herbert
 der Abg. Dr. K r a u s , Dr. P f e i f e r und Genossen
 an den Bundesminister für Inneres,
 betreffend die Behinderung der Wahlfreiheit bei den Gemeindewahlen in
 Niederösterreich.

Die Unterzeichner des Wahlvorschlages der Wahlpartei der Unabhängigen für die Gemeinderatswahlen in Baden bei Wien wurden nach übereinstimmenden Berichten auf die sowjetische Ortskommandatur geladen und dort unter Ausübung eines starken psychologischen Druckes veranlasst, ihre auf die Wahlvorschläge gesetzten Unterschriften zurückzuziehen. Dasselbe geschah hinsichtlich der Kandidatin Schury, Baden, Wassergasse, die veranlasst wurde, von ihrer angemeldeten Kandidatur zurückzutreten.

In Hainburg a.d. Donau wurden Flugzettel verteilt (1 Exemplar liegt bei), auf denen die Namen und Adressen der Unterzeichner des Wahlvorschlages der Unabhängigen angegeben waren und in deren Text an die Empfänger die Aufforderung gerichtet wurde: "Vergesst' die Namen derer nicht, die offen für den Faschismus eintreten, denn sie werden einmal die Verantwortung dafür tragen müssen!"

Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass sich der Bevölkerung - und zwar nicht nur der Anhänger der Wahlpartei der Unabhängigen - eine begreifliche Angst bemächtigt hat und die Ausübung des freien, unbeeinflussten, demokratischen Wahlrechtes in Niederösterreich nicht mehr garantiert erschien.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

Anfrage:

- 1.) Welche Umstände sind dem Herrn Bundesminister für Inneres bekannt, die dazu geführt haben, dass es zu einer so schwerwiegenden Beeinträchtigung der Wahlfreiheit kommen konnte?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit, zu veranlassen, dass gegen Inländer, die bei den erwähnten Wahlen ein Delikt nach dem Gesetz zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit begangen haben, die Strafanzeige erstattet wird.
- 3.) Was gedenkt der Herr Bundesminister für Inneres zu tun, um in Zukunft die verfassungsmässig gewährleistete Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis zu garantieren?
- 4.) Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit, im Wege der Bundesregierung an den Alliierten Rat das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, dass derartige Verletzungen des Kontrollabkommens in Zukunft nicht mehr vorkommen?

23. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Juni 1950.

Der Anfrage ist einer der Flugzettel mit folgendem Inhalt beigegeben.

"Hainburger und Hainburgerinnen!

Die Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) ist eine rein F a s c h i s t i -
s c h e O r g a n i s a t i o n und sie sind die Nachfolger der Nazi!

Die WdU versucht mit allen Mitteln wieder Einfluss zu gewinnen und hat
für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen einen Wahlvorschlag eingereicht,
der von mehr als 50 Hainburgern unterschrieben wurde.

Fünfzig Hainburger haben den traurigen Mut, offen für den Faschismus
einzutreten und dies, nachdem erst kaum 5 Jahre vergangen sind, seit der
blutbefleckte Nazifaschismus niedergeschlagen wurde.

Hunderttausende aufrechte Österreicher blieben auf den Schlachtfeldern
oder fielen dem Henkerbeil der Faschisten zum Opfer und ebenso viele büsst
ihre Gesundheit in den Konzentrationslagern ein.

Um der Hainburger Bevölkerung zu zeigen, wer für den Faschismus zeichnete,
geben wir die Namen derer bekannt, die unterschrieben haben." (Es folgen sodann
die Namen und Adressen der erwähnten Hainburger, die unterschrieben, bzw.
ihre Unterschriften zurückgezogen haben.)
